

arena 05



Wahlkampf

„arena 05“ eröffnet

Unmittelbar nach der Entscheidung des Bundespräsidenten zu vorgezogenen Neuwahlen nimmt der Wahlkampf der CDU immer stärker Fahrt auf.

Unter großem öffentlichem Interesse eröffnete CDU-Generalsekretär Volker Kauder die Wahlkampfzentrale der CDU Deutsch-

lands. „Der Bundespräsident hat für den 18. September Neuwahlen angesetzt. Damit ist der Wahlkampf eröffnet“. Der Generalsekretär bezeichnete den Urnengang als „Schicksalswahl“, denn Deutschland stehe am Scheideweg: „Wir brauchen mehr Arbeit, mehr Wachstum und mehr Sicherheit.“ ▶

INHALT

Mecklenburg-Vorpommern: Neue Führungsspitze gewählt

Seite 4

Volker Kauder: SPD – Ursache der Arbeitslosigkeit

Seite 5

HEUTE AKTUELL

■ Informationen des Bundeswahlleiters zu den verkürzten Fristen für die vorgezogene Bundestagswahl (Seite 6-7) ■ Anzeige zum CDU-net (Seite 7) ■ Peter Rauen: „Scheinheilige Rentende-batte“ (Seite 8) ■ Volker Kauder: Rentendesaster durch sieben Jahre Rot-Grün (Seite 8) ■ Peter Ble-ser: Rot-Grün setzt land-wirtschaftsfeindliche Poli-tik unbeirrt fort (Seite 9) ■ Peter Götz: Deutsch-lands Kommunen danken dem Bundespräsidenten (Seite 9-11) ■ Arnold Vaatz: Den Menschen kein X für ein U vorma-chen (Seite 11) ■ Ronald Pofalla: Clement reagiert 5 nach 12 – Lage der jun-gen Arbeitslosen weiter prekär (Seite 11-12) ■ Dagmar Wöhr: Unions-programm verbreitet Op-timismus (Seite 12-13) ■ Wolfgang Zöllner/Andreas Storm: Rot-Grün stürzt Rentenkasse in Finanz-krise (Seite 13)

▶ Dazu habe die Union mit ihrem Regierungsprogramm das richtige Angebot vorgelegt. Kauder betonte, CDU und CSU wollten den Menschen „wieder Perspektive und Hoffnung“ geben: den Arbeitslosen, den Familien, den jungen Menschen, aber auch den Forschern und Unternehmern. Sie alle müssten wieder eine Chance bekommen, ihr Leben selbst zu gestalten. Auch für die Rentnerinnen und Rentner spiele es eine wichtige Rolle, dass die Arbeitslosigkeit überwunden werde. Denn nur mit mehr Beitragszahlern gibt es eine stabile Rente. Deutschland befinde sich in der „tiefsten Krise seiner Nachkriegsgeschichte“, sagte der Generalsekretär weiter. Ginge es zu Beginn um den Wiederaufbau des Landes, müsse Deutschland jetzt so umgebaut werden, dass wieder Chancen entstünden. „Dafür steht die Kanzlerkandidatin Angela Merkel mit ihrem Programm“, bekräftigte Kauder.

Damit es wieder aufwärts gehen könne, müsse die Politik das Vertrauen der Men-

schen zurückgewinnen. Hier hätten die „politischen Überfälle“ von Rot-Grün in den letzten sieben Jahren viel Porzellan zerschlagen. Dagegen stehe die Union für „Klarheit und Zuverlässigkeit“. Kauder wörtlich: „Was wir sagen, das tun wir“. Die Union wolle „der zuverlässige Bergführer sein“, der die Menschen auf dem Weg nach oben begleite.

„Ich freue mich auf einen fairen und ehrlichen Wahlkampf“, betonte Volker Kauder bei der Führung durch die Wahlkampfzentrale „arena 05“. Während andere Parteien dazu neigten, Teile ihrer Parteizentralen für den Wahlkampf auszugliedern, mache für die Union das ganze Konrad-Adenauer-Haus Wahlkampf. Konzipiert und geplant werde er jedoch vor allem in der zweiten Etage der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Dazu wurden dort die Wahlkampf-relevanten Bereiche zusammengezogen: So kümmert sich die „Strategische Planung“ neben der strategischen Kommunikation um die Entwicklung der Kernbotschaften der Union,

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33, Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €, Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

die dann auf Flugblättern oder Plakaten umgesetzt werden.

Besonders beeindruckt zeigte sich der Generalsekretär von den bisher über 6.000 Freiwilligen, die sich schon als Mitglied im „teAM Zukunft“ gemeldet hätten, um der CDU ihre freie Zeit zu schenken und sie im Wahlkampf zu unterstützen. Das Team, das aus einem Großraumbüro heraus die 17 Landeskoordinatoren des teAM Zukunft und die stetig wachsende Mitgliederzahl koordiniert, sei die „Herzkammer“ der zweiten Etage.

Daneben hat die Agentur McCann Erickson ihr Quartier auf der zweiten Etage bezogen. Wegen der Kürze des Wahlkampfes wird das Team von McCann durch die Hamburger Agentur Shipyard verstärkt, die durch den sehr erfolgreichen Ole-von-Beust-



Generalsekretär Volker Kauder erläutert den Journalisten die Plakatstrategie

Wahlkampf bekannt geworden ist.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger nutzen die elektronische Post. Darauf hat die CDU mit der Einführung eines Citizen Relationship Managements (CRM) reagiert. Im CRM-Team laufen zentral alle Bürgerkontakte auf. Allein in den letzten vier Wo-

chen wurden hier 10.000 Bürgeranfragen bearbeitet. Erfreulicher Nebeneffekt: Durch diese Kontakte erfährt die CDU-Zentrale quasi seismographisch, wie die Stimmung im Land ist.

Natürlich werde die CDU auch im Internet um jede Stimme für den Wechsel kämpfen, führte Volker Kauder aus. Neben dem eigentlichen Wahlkampfportal www.cdu.de habe das Online-Team des Marketingbereichs nicht nur das für die Kampagne wichtige CDU-Mitgliedernetz den Erfordernissen des Wahlkampfes angepasst, sondern auch Sonderseiten programmiert, wie die Website des teAM-Zukunft oder auch erstmals eine eigene Informations-Plattform für Deutsche, die im Ausland leben.



Das Kernteam des teAM Zukunft bei der Arbeit

Mecklenburg-Vorpommern

Neue Führungsspitze gewählt

Jürgen Seidel ist neuer Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern.

Mit einer überzeugenden Mehrheit von 98,7 Prozent wurde der frühere Wirtschafts- und Bauminister auf einem Landesparteitag in Güstrow an die Spitze des Landesverbandes gewählt.

In seiner Rede forderte der neu gewählte Vorsitzende von der Landespartei Geschlossenheit. Nur so könne die Union in Bund und Land den angestrebten Machtwechsel erreichen. „Wir haben große Chancen zu Veränderungen, wenn Angela Merkel Bundeskanzlerin wird und ich die Gelegenheit bekomme, Ministerpräsident in Schwerin zu werden“, sagte der neue Landesvorsitzende Jürgen Seidel.

Der scheidende Landesvorsitzende Eckhardt Rehberg, der in Rostock für den Bundestag kandidiert, hatte vor der Vorstandswahl noch einmal mit der rot-roten Landesregierung in Schwerin abgerechnet. Er listete gravierende Defizite in der Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik von SPD und PDS auf. Arbeitslosigkeit und Verschuldung hätten Rekordwerte



Der neue Landesvorsitzende Jürgen Seidel mit der Parteivorsitzenden Angela Merkel

erreicht. Unter Hinweis auf das erneut schlechte Abschneiden Mecklenburg-Vorpommerns bei der jüngsten PISA-Studie übte er heftige Kritik an der Schulpolitik des Landes. Es habe sich gezeigt, dass das von der Union befürwortete zweigliedrige Schulsystem zu besseren Ergebnissen führe als die rote Einheitsschule.

Kurz zuvor wählte eine Landesdelegiertenkonferenz die CDU-Vorsitzende Angela Merkel auf den ersten Platz der Landesliste. In ihrer Rede warnte Angela Merkel die Partei davor, trotz guter Umfragewerte den Machtwechsel in Berlin schon als ge-

ben anzusehen. „Wir müssen für unsere politischen Ziele werben, den Menschen den Glauben an die Politik zurückgeben“, forderte die Parteivorsitzende ihre Anhänger zu einem engagierten Wahlkampf auf. Die Kanzlerkandidatin, die auch als Direktkandidatin im Wahlkreis Nordvorpommern-Stralsund-Rügen antritt, machte in der Rede deutlich, dass für die Union die Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang habe. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung solle zum Abbau der Lohnnebenkosten beitragen, damit wieder mehr Menschen in Lohn und Brot kämen.

Regierung der leeren Versprechen

Zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärte Generalsekretär Volker Kauder:

Immer noch knapp fünf Millionen Arbeitslose, die Zahlen sogar gestiegen – das zeigt: Diese Bundesregierung hat den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit längst aufgegeben. Vor sieben Jahren hat der Kanzler versprochen, dass er sich an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit messen lassen wolle. Gefolgt sind sieben Jahre Geschwätz, Nichtstun und Planlosigkeit!

Die SPD hat vor sieben Jahren angekündigt, sie wolle die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Inzwischen ist die Politik der SPD zur Ursache der Arbeitslosigkeit geworden.



Volker Kauder

Der Bundeswirtschaftsminister behauptet: Es geht aufwärts mit der Wirtschaft, es ist ein Silberstreif am Horizont absehbar. Aber vor allem geht es in diesem Monat wieder aufwärts mit der Arbeitslosigkeit. Für die Menschen,

die in diesem Monat ihren Job verloren haben, müssen Clements Worte wie Hohn klingen.

Noch nie war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten so niedrig wie jetzt. Tag für Tag gehen in Deutschland 1000 Jobs verloren. Doch diese Regierung hat den Kampf gegen das Hauptproblem

unseres Landes längst aufgegeben.

Fünf Millionen Arbeitslose haben Besseres verdient als diese Regierung der leeren, der gebrochenen Versprechen. Wir brauchen wieder eine Politik, die auf Wachstum setzt. Eine Politik, der Wirtschaft und Verbraucher Vertrauen entgegenbringen und wieder investieren und konsumieren. Die Menschen wissen, dass nur die Union für eine solche Politik steht. Vor allem im Interesse der Arbeitslosen gilt der Satz: Deutschland braucht den Wechsel.



Deutsche Botschaft auf den Straßen Berlins.

Verkürzte Fristen

Der Bundeswahlleiter informiert

Wie der Bundeswahlleiter mitteilt, sind – nachdem der Bundespräsident am 21. Juli 2005 den 15. Deutschen Bundestag aufgelöst und als Wahltag für die Wahl des 16. Deutschen Bundestages den Sonntag, 18. September 2005, bestimmt hat – im Bundeswahlgesetz (BWG) festgelegte Fristen und Termine des Wahlverfahrens durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums des Innern vom 21. Juli 2005 (BGBl. I S. 2179) abgekürzt worden. Danach gelten für die Wahl des 16. Deutschen Bundestages folgende Termine:

37. Tag (12. Aug. 2005)

Letzter Tag für die für alle Wahlorgane verbindliche Feststellung durch den Bundeswahlausschuss und Verkündung durch den Bundeswahlleiter

- welche Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren
- welche Vereinigungen, die ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt haben, für die Wahl als Parteien anzuerkennen sind (§ 18 Abs. 4 BWG).

34. Tag (15. Aug. 2005)

Letzter Tag – bis 18 Uhr – für die Einreichung der Kreiswahlvorschläge bei dem Kreiswahlleiter und der Landeslisten bei dem Landeswahlleiter (§ 19 BWG).

30. Tag (19. Aug. 2005)

Entscheidung

- der Kreiswahlausschüsse über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge (§ 26 Abs. 1 Satz 1 BWG)
- der Landeswahlausschüsse über die Zulassung der Landeslisten (§ 28 Abs. 1 Satz 1 BWG).

24. Tag (25. Aug. 2005)

Letzter Tag für die Entscheidung

- des Landeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung eines Kreiswahlvorschlags (§ 26 Abs. 2 Satz 5 BWG)
- des Bundeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste (§ 28 Abs. 2 Satz 5 BWG).

20. Tag (29. Aug. 2005)

1. Letzter Tag für die öffentliche Bekanntmachung

- der zugelassenen Kreiswahlvorschläge durch den Kreiswahlleiter (§ 26 Abs. 3 BWG)
- der zugelassenen Landeslisten durch die Landeswahlleiter (§ 28 Abs. 3 BWG).

2. Letzter Tag – bis 18.00 Uhr – für die Abgabe der schriftlichen Erklärung über den Ausschluss von der Listenverbindung gegenüber dem Bundeswahlleiter (§ 29 Abs. 1 BWG).

16. Tag

(2. Sept. 2005)

Letzter Tag für die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über die Erklärungen über den Ausschluss von der Listenverbindung (§ 29 Abs. 2 Satz 1 BWG).

■ Weitere Auskünfte gibt das Büro des Bundeswahlleiters: Heinz-Christoph Herbertz, Tel. 0611/75-2345, E-Mail bundeswahlleiter@destatis.de

15. Tag

(3. Sept. 2005)

Letzter Tag für die Bekanntmachung des Bundeswahlleiters über die Landeslisten, die von einer Listenverbindung ausgeschlossen sind (§ 29 Abs. 3 BWG).

■ Für weitere rechtliche Fragen zur vorgezogenen Bundestagswahl steht auf Seiten der CDU der Justitiar der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Peter Brörmann, Tel. 030/22070-230, Fax 030/22070-219, E-Mail peter.broermann@cdu.de zur Verfügung.

Sie verpassen was.

Wenn Sie das neue CDUnet noch nicht kennen.

Unter www.cdunet.de finden Sie alle Informationen, die Sie für den Wahlkampf brauchen:

- Flugblätter (z.B. zum Unions-Regierungsprogramm)
- die neuen Argu-Karten
- Analysen und Argumente (z.B. zum SPD-Wahlmanifest)
- Zitate von Schröder, Fischer und Co.
- Mustertexte
- Online-Shop für Werbemittel
- Forum mit vielen Extras
- und vieles mehr.

CDUnet 

Zur Anmeldung brauchen Sie nur Ihren Namen und Ihre Mitgliedsnummer!

Peter Rauen

„Scheinheilige Rentendebatte“

„Dass in der Rentenkasse ein Riesenloch klafft, ist keine Überraschung und darf niemanden, schon gar nicht die Verantwortlichen und Detailkundigen verwundern. Ihrescheinheilige Unschuldsmine darf man der noch amtierenden Bundesregierung und der verantwortlichen Ressortministerin Ulla Schmidt nicht abnehmen. Rot-Grün hat die drohende Misere längst vorhergesehen: Immer wieder, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, wurde die Rentenreserve abgeschmolzen.

Jüngst haben Schröder und Co. ein Gesetz durchgebracht, damit Ulla Schmidt



Peter Rauen, MIT-Vorsitzender

mit einem Buchungstrick die Rentenkasse vor dem Kollaps retten kann. Danach müssen die Sozialversicherungsbeiträge rund 20 Tage früher von den Arbeitgebern an die sozialen Kassen überwiesen werden. Ein folgenschweres

Vorhaben, das der Wirtschaft für rund 20 Tage rund 20 Milliarden Euro Liquidität entzieht. Zudem werden durch doppelte Lohnabrechnungen den Betrieben gewaltige zusätzliche Bürokratiekosten aufgebürdet.

Obwohl die Rentenkasse vor dem Kollaps steht, heißt es munter: Weiter wursteln wie bisher. Dass aber ausgerechnet im Wahlmonat September die Rentenkasse trotz aller Tricksereien einen Zuschuss braucht, damit hat Rot-Grün nicht gerechnet. Zu gerne hätten sie sich wegen des laufenden Wahlkampfes daran vorbei geschummelt.“

KAUDER: RENTENDESASTER DURCH SIEBEN JAHRE ROT-GRÜN

Zu den Finanzierungslücken in der Rentenkasse erklärte Generalsekretär Volker Kauder:

Die Finanzmisere der Rentenkasse gehört in die traurige Bilanz von sieben Jahren Rot-Grün. Dass die Löcher bei der Rente größer sind denn je, ist einzig und allein die Folge davon, dass unter dieser Regierung jeden Tag über 1.000 sozialversicherungs-

pflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren gehen. Damit fehlen die Beitragszahler für die Rentenversicherung; ihre Zahl ist auf historisch geringem Niveau.

Anstelle auf Wachstum und neue Arbeitsplätze zu setzen, arbeitet die Bundesregierung weiter an der Zerstörung der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes: Lohnerhöhun-

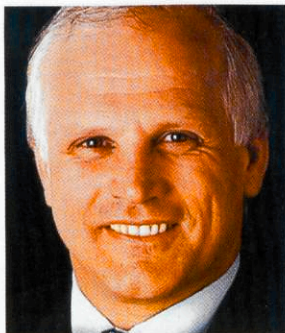
gen, um die dramatischen Löcher in der Rentenkasse zu stopfen, tragen allenfalls zur weiteren Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer bei. Neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schafft man so nicht. Genau diese aber brauchen wir, um die Sozialbeiträge auch in die Rentenkasse leisten zu können.

Rot-Grün setzt landwirtschaftsfeindliche Politik unbeirrt fort

Erklärung anlässlich der Vorlage des Entwurfs der Neufassung der Düngeverordnung seitens des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

Der von Ministerin Künast vorgelegte Entwurf der Neufassung der Düngeverordnung geht wie auch bei vielen anderen Verordnungen wieder weit über das umzusetzende EU-Recht hinaus und bedarf der grundlegenden Überarbeitung. Es ist einfach skandalös, dass Bundesministerin Künast bei der Umsetzung von EU-Recht stets mit nationalen Alleingängen und keiner konsequenten eins zu eins Umsetzung unbeirrt ihre Politik der Schwächung der deutschen Landwirtschaft fortsetzt.

Aus Sicht von CDU/CSU darf die Neufassung der Düngeverordnung, wie dies auch der Bundesrat im September 2004 bereits gefordert hatte, nicht über die Vorgaben in der EU-Nitratrichtlinie hinausgehen. Nationale Verschärfungen und zusätzliche Bürokratien sind Gift für unsere Betriebe. So würden die im Entwurf vorgesehenen schlag-



Peter Bleser

spezifischen Dokumentationspflichten der Stickstoff- und Phosphorüberschüsse gegenüber dem jetzigen Verfahren die Bürokratie erheblich ausweiten. Darüber hinaus sieht der Entwurf weitere erhebliche im EU-Vergleich wettbewerbsverzerrende Vorgaben vor, wie beispielsweise die Ausdehnung der Sperrfristen für die Ausbringung von Wirtschaftsdüngern oder die überzogenen Abstandsregeln zum Gewässer. Ferner fehlt im Entwurf jegliche Rücksichtnahme auf kleinere Betriebe.

Im Hinblick auf das Vertragsverletzungsverfahren ist zwar eine zügige Anpassung des nationalen Rechts erforderlich. Dies darf aber nicht zu Lasten der Betriebe gehen, indem sich die Bundesregierung weigert, gemeinsam mit dem Berufsstand und den Ländern praxisgerechte Lösungen zu erarbeiten.

Peter Bleser ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Deutschlands Kommunen danken dem Bundespräsidenten

Die Entscheidung des Bundespräsidenten, Neuwahlen anzusetzen, ist auch aus Sicht der Kommunen sehr zu begrüßen.

Durch die vorgezogenen Neuwahlen werden die Chancen erhöht, dass mit einer unionsgeführten Koalition im Bundestag die Weichen endlich wieder auf Arbeit und Wachstum gestellt werden können. Die positiven Auswirkungen einer auf diese Primärziele ausgerichteten Politik würden in den Städten, Gemeinden und Landkreisen ebenso zum Tragen kommen wie in Bund und Ländern. Schließlich lebt Sozialpolitik auch auf der kommunalen Ebene davon, Rahmenbedingungen zu setzen, die aus Empfängern sozialer Transferleistungen Geber dergleichen macht.

Die Ziele der Union liegen offen und ehrlich auf dem Tisch. Für die Kommunen bedeuten sie in erster Linie:

1. Durchsetzung des längst überfälligen Konnexitätsprinzips. Dies wird über die Unterbindung des direkten Bundesdurchgriffs auf die kommunale Ebene im Zuge der Umsetzung der von der rot-grünen Bundesregierung bisher verhinderten Föderalismusreform erreicht.

2. Öffnung der Optionsklausel zur Verbesserung der Arbeitsmarktreform Hartz IV. Die Begrenzung auf 69 Kommunen wird aufgehoben. Jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt erhalten die Möglichkeit, die Trägerschaft für das Arbeitslosengeld II selbst in die Hand zu nehmen und einen wichtigen Beitrag für eine Optimierung der Arbeitsvermittlung vor Ort zu leisten.

3. Entlastung der kommunalen Arbeitgeber durch die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur strukturellen Entlastung der kommunalen Verwaltungshaushalte.

4. Vereinfachung des Steuerrechts. Durch das Schließen von Steuerschlupflöchern, den Abbau von Steuersparmodellen – insbesondere der lukrativen Verlustverrechnungsmöglichkeiten bei Fondsmodellen – und das Abschaffen



Peter Götz

von Sonderregeln im unternehmerischen Bereich profitieren auch die Kommunen.

5. Mitsprache der Kommunen bei der Umsetzung einer Gemeindefinanzreform zur Einnahmenversteigerung. Die Gewerbesteuer bleibt solange erhalten, bis eine gemeinsame Lösung zur Überwindung der kommunalen Finanzkrise und zur Wiederherstellung der kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten erreicht ist. Dies ist angesichts des Investitionsrückstands in die örtliche Infrastruktur dringend notwendig.

6. Verbesserung von Verkehrsinfrastruktur und Mobilität als Schlüsselfaktor für Wachstum und Beschäftigung vor Ort.

7. Deregulierung und Standardabbau. Unser Ziel ist, den Kommunen Handlungsspielräume zu

rückzugeben und Bürokratie abzubauen. Dies kommt insbesondere bei der Vereinfachung von Planungen und Verkürzung von Planungszeiten für den Bau wichtiger Infrastrukturmaßnahmen zum Tragen.

8. Unterstützung der Integrationsbemühungen durch eine klare Begrenzung der Zuwanderung auf Mangelberufe und das konsequente Einfordern der Teilnahme an Integrationskursen. Dies ist ein nachhaltiger Beitrag zur Überwindung selbst gewählter Abgrenzung der Zuwanderer, Ghettobildung und der Entwicklung von Parallelgesellschaften vor Ort.

CDU und CSU wollen starke leistungsfähige Städte und Gemeinden, die in der Lage sind, ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen, und wieder in die Infrastruktur des Standorts Deutschland investieren können. CDU und CSU wollen, dass kommunale Selbstverwaltung endlich wieder stattfindet.

Wir wollen, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht und unser Land wieder die Lokomotive Europas wird. Das geht nur mit und nicht gegen die Gemeinden.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion.

Den Menschen kein X für ein U vormachen!

Insbesondere bei den „Verlierern des globalen Verdrängungswettbewerbs“, denen „Zwänge und Demütigungen ... bei ALG II und Ein-Euro-Jobs zugemutet werden“ wirbt die PDS/WASG „für eine neue soziale Idee“.

Sie bedient mit Wonne und Inbrunst Ressentiments über die – angeblich – zweitklassige Behandlung großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung und die Nichtanerkennung von deren Erfahrung, Wissen und Kultur, um diese Leute dann für sich „einzusammeln“.

Es hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun, wenn die PDS/WASG dafür wirbt, die Umverteilung von oben nach unten über das Steuersystem und eine Neuverteilung von Arbeit vorzunehmen. Auch wenn Steuern und Abgaben für besser verdienende Einkommensbezieher und Unternehmen wieder massiv erhöht würden, reichten die Einnahmen bei weitem nicht für alle versprochenen sozialen Wohltaten. Diese Erkenntnis hat sich sogar schon bei den Gewerkschaften durchgesetzt.

Die PDS/WASG wirbt nicht tatsächlich für ein



Arnold Vaatz

Wahlprogramm, sie malt ein Wolkenkuckucksheim an die Wand und weiß das auch: Vorsichtshalber hat PDS-Vorsitzender Bisky ja schon verkündet, dass er auch nach einem möglichen Wahlerfolg auf jeden Fall in der Opposition bleiben will. Damit bräuchte die Partei den Beweis für die Machbarkeit ihrer „neuen sozialen Idee“ und deren Finanzierbarkeit gar nicht erst anzutreten. Das ist Sozialpopulismus pur und vergleichbar mit dem, was die Rechten betreiben.

Gefährlich ist diese Art von Sozialutopismus deshalb, weil sie den von großen Umbrüchen betroffenen und verunsicherten Menschen in Ostdeutschland ein falsches und unrealistisches Bild vorgaukelt. Die meisten Ostdeutschen wissen das auch.

Besonders heikel ist es aber, wenn Schröders früherer glück- und erfolgloser Ostbeauftragter Schwanitz

jetzt meint, in Ostdeutschland ebenfalls mit dem Schüren sozialer Ängste auf Stimmenfang gehen zu müssen. Statt eines eigenen – realistischen – Konzepts für das Entstehen neuer Arbeitsplätze in Ostdeutschland geht es schlicht um Symbolpolitik und Emotionalisierung. Damit wird klar: Der SPD geht es nicht wirklich um eine Verbesserung der Situation in Ostdeutschland, sondern nur um die Wählerstimmen. Dafür ist sie sogar bereit, die PDS noch links zu überholen.

Ziel der Union ist es, so vielen Menschen wie möglich einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt zu verschaffen. Dazu haben wir in unserem Programm ehrliche und realistische Wege vorgestellt. Eine wesentliche Komponente ist das Konzept eines Kombilohns, mit dem Teile des Arbeitsmarktes neu erschlossen werden können. Wir erklären ferner, wie wir besonders dem ostdeutschen Mittelstand durch Entlastung von bürokratischen Pflichtübungen, kürzere Genehmigungsverfahren und Stärkung der Kreditfähigkeit Möglichkeiten erschließen werden, die unternehmerische Perspektive zu sichern und gleichzeitig mehr Arbeitsplätze anzubieten.

Die Wählerinnen und Wähler in Ostdeutschland werden realistisch genug sei, um zwischen Illusionen und machbaren Alternativen zu unterscheiden.

Arnold Vaatz ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender.



Ronald Pofalla



Dgmar G. Wöhr

Clement reagiert 5 nach 12 – Lage der jungen Arbeitslosen weiter prekär

Bundeswirtschaftsminister Clement und der Vorsitzende der Bundesagentur für Arbeit Weise haben die Auftaktveranstaltung des Wettbewerbs 'Junge Menschen in Arbeit' organisiert.

Doch wieder einmal verschönt Clement die prekäre Lage junger Arbeitsloser, wenn er behauptet, die Jugendarbeitslosigkeit sinke. Im Juni 2005 waren allein 552.454 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet. Mehr als 540.000 Jugendliche unter 25 Jahren befinden sich aber auch in den endlosen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Insgesamt müssen wir leider davon ausgehen, dass über 1 Mio. Jugendliche ohne Arbeit sind. Ein Schreckensbild!

Jugendarbeitslosigkeit ist eines unserer großen Probleme. Hier besteht dringen-

der Handlungsbedarf. Publicity-wirksame Auftaktveranstaltungen für Wettbewerbe helfen da nicht weiter. Hier sind konkrete Maßnahmen gefragt. Und die bleibt uns Clement wieder einmal schuldig. Wir müssen arbeitslosen Jugendlichen in Deutschland endlich wieder eine Chance geben und sie in Arbeit bringen. Der internationale Vergleich zeigt: Längere Arbeitszeiten und weniger Regulierung bringen mehr Arbeitsplätze. Zu begrüßen sind auch alle Maßnahmen, die in den Betrieben getroffen werden, um Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu ermöglichen. Vorfahrt für Arbeit heißt deshalb auch: Förderung von Mittelstand, Handwerk und Existenzgründern, die den Großteil der Ausbildung übernehmen.

Ronald Pofalla ist stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion.

Unionsprogramm verbreitet Optimismus

Der vorsichtige Optimismus der deutschen Unternehmen ist ein deutliches Indiz für die Erwartungen, die mit der Bundestagswahl im Herbst verbunden werden.

Die Wirtschaft glaubt offensichtlich an eine bessere Zukunft mit einer besseren Politik. Dieser Optimismus, der im ifo-Geschäftsklimaindex durchscheint und der sogar die Voraussagen der Analysten übertrifft, zeigt: Die Union ist mit ihrem Konzept für mehr Wachstum und Arbeitsplätze auf dem richtigen Weg.

Nun gilt es, Stimmungen in Stimmen umzuwandeln und den positiven Trend bei den Unternehmen für den Wahlkampf zu nutzen. Klar ist: Ein beschäftigungswirksames Wachstum und damit

die notwendige Trendwende auf dem Arbeitsmarkt sind unter der gegenwärtigen Regierung nicht in Sicht. Das wirksamste Mittel für den dringend benötigten Aufschwung liegt in einem Regierungswechsel im September.

Dagmar G. Wöhrl ist die wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin.



Wolfgang Zöllner



Andreas Storm

Rot-Grün stürzt Rentenkasse in Finanzkrise

Nach 7 Jahren Rot-Grün steckt die Alterssicherung in der größten Finanzkrise seit ihrem Bestehen. Die aktuelle Finanzmisere der Rentenkasse macht das komplette Versagen der rot-grünen Rentenpolitik sichtbar.

Die Rentenkasse lebt von der Hand in den Mund. Am Jahresende muss ihr der Finanzminister finanziell unter die Arme greifen und dazu neue Schulden machen, damit die Renten pünktlich gezahlt werden können. Rot-Grün ist mit seinem Latein am Ende. Deutschland braucht einen Politikwechsel, der die Weichen auf mehr Wachstum und Beschäftigung stellt. Ohne eine Trendwende am Arbeitsmarkt ist die Finanzkrise der Rentenkasse nicht zu bewältigen.

Verantwortlich für die aktuelle Finanzmisere der Rentenkasse ist die verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung Schröder. Jeden Tag gehen rd. 1.000 beitragspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren. Die Folge sind massive Einnahmeverluste für die gesamte Sozialversicherung. Hinzu kommt, dass Rot-Grün die Rücklagen der Rentenversicherung in den letzten Jahren systematisch geplündert hat. Allein in der Amtszeit von Bundessozialministerin Ulla Schmidt wurden der Rücklage fast 14 Mrd. Euro entzogen. Daneben wurden im vergangenen Jahr die Immobilienbestände der Rentenversicherung veräußert. Trotzdem wird die Rücklage am Jahresende nahezu aufgebraucht sein. Dann muss die Rentenkasse den Bundesfinanzminister anpumpen.

Im nächsten Jahr wird es durch den Buchungstrick von

Ulla Schmidt zwar zu einer finanziellen Entspannung der Rentenkasse kommen. Durch das Vorziehen der Sozialbeiträge erhalten die Sozialversicherungsträger im kommenden Jahre einmalig 13 Zahlungen. Dadurch werden 20 Mrd. Euro mehr in die Sozialkassen gespült. Allein auf die Rentenkasse entfallen 9,6 Mrd. Euro, die zu einem Wiederauffüllen der Rücklage führen. Ohne eine Trendwende am Arbeitsmarkt werden diese Gelder bereits im übernächsten Jahr, spätestens aber 2008 verbraucht sein. Die nächste Finanzkrise der Rentenkasse stünde vor der Tür. Daran wird deutlich, dass wir der Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang vor allen anderen Belangen einräumen müssen.

Wolfgang Zöllner ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender, **Andreas Storm** ist der sozialpolitische Fraktionssprecher.



Papierfähnchen „CDU und Deutschland/Europa“

Papierfähnchen mit zwei verschiedenen Seiten

Bestell-Nummer: **9426**

Preis je **1.000 Stück: 59,00 €**

inkl. MwSt.: 68,44 €



CDU-Luftballon

Bestell-Nummer: **9304**

Preis je **500 Stück: 30,00 €**

inkl. MwSt.: 34,80 €

Luftballon Zubehör

Luftballon-Drahtstäbe

Bestell-Nummer: **9305**

Preis je **500 Stück: 11,00 €**

inkl. MwSt.: 12,76 €

Luftballon-Schnellverschluss

inkl. Halteschnur für Gasballons

Bestell-Nummer: **9609**

Preis je **100 Stück: 4,90 €**

inkl. MwSt.: 5,68 €



Bierdeckel

Bestell-Nummer: **9292**

Preis je **600 Stück: 15,90 €**

inkl. MwSt.: 18,44 €



Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9102**

Preis je **100 Stück: 24,00 €**

inkl. MwSt.: 27,84 €

Freshmint-Tütchen

Bestell-Nummer: **9110**
 Preis je **200 Stück: 22,00 €**
 inkl. MwSt.: 25,52 €



Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nummer: **9070**
 Preis je **100 Stück: 29,00 €**
 inkl. MwSt.: 33,64 €



Aufkleber „CDU“

Größe: 5 x 3 cm

Bestell-Nummer: **9891**
 Preis je **100 Stück: 4,00 €**
 inkl. MwSt.: 4,64 €



CDU-Haftnotizblock

Format 7 x 7 cm

Bestell-Nummer: **9633**
 Preis je **100 Stück: 45,00 €**
 inkl. MwSt.: 52,20 €



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



**Deutschlands Chancen nutzen.
Regierungsprogramm 2005-2009**

Bestell-Nummer: **5245**
Preis je 50 Stück: **22,00 €**
inkl. MwSt.: 23,54 €

**Bitte nur diese Bestelladresse
verwenden!**

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 0 5241-804 18 92
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de